

Offener Brief
An die Angehörigen der Universität Zürich
Schweizer Presserat
(sowie alle weiteren Interessierten)

Fachverein Soziologie an der Universität Zürich
Andreasstr. 15 (5. OG)
CH-8050 Zürich

06.10.2012

Betr.: Stellungnahme des Fachvereins Soziologie an der Universität Zürich zur Hetzkampagne der Weltwoche gegen ProfessorInnen an Schweizer Universitäten

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Ausgabe der Weltwoche vom Donnerstag, den 4. Oktober 2012 verfassten die AutorInnen Urs Paul Engeler, Philipp Gut u.a. einen Beitrag mit dem Titel „Vor diesen Professoren wird gewarnt - Irrlehren an Schweizer Universitäten“. Die Weltwoche präsentiert „zum Semesterbeginn eine unvollständige Liste der Professoren, vor denen zu warnen ist“. Neun ProfessorInnen – darunter auch vier von Zürcher Universitäten – werden exemplarisch vorgeführt. Als Irrlehren werden unter anderem der Keynesianismus, die „geistige Epidemie“ der Gender-Studies und der „Internationalismus“ bezeichnet. Irrlehre ist den Verfassenden zufolge ebenso, dass „Erderwärmung vom Menschen beeinflusst wird“ und Rechtspopulismus wird als „angebliche Gefahr“ verharmlost. Der Fachverein Soziologie an der Universität Zürich möchte mit diesem Schreiben das Vorgehen der Weltwoche und den Artikel der oben genannten JournalistInnen auf das Schärfste verurteilen. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein hohes Gut, welches die freie Wahl von Gegenstand und Methode wissenschaftlicher Arbeit, sowie deren transparente Veröffentlichung einschliesst. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist aus gutem Grund in der Bundesverfassung, sowie im UNO-Menschenrechtspakt von 1966 als eigenständiges Grund- und Menschenrecht verankert worden.

Es geht uns an dieser Stelle nicht darum, den Artikel – welcher inhaltlich an eine schlecht gemachte

SchülerInnenzeitung erinnert – richtigzustellen.¹ An keiner Stelle wurde der ernsthafte Versuch unternommen, eine Kritik zu üben, welche auch nur im Ansatz wissenschaftlichen Kriterien genügen würde.

Mehr als die kruden politischen Positionen der Weltwoche, beängstigt uns das Vorgehen der Wochenzeitschrift, öffentliche Warnhinweise gegen ProfessorInnen auszusprechen. Wir möchten uns mit Nachdruck mit den angegriffenen ProfessorInnen solidarisieren und rufen alle Studierenden dazu auf, ihre Lehrveranstaltungen weiterhin nach eigenen Interessenschwerpunkten auszuwählen. Warnungen stellen einen Hinweis auf eine Gefahr dar. Menschen welche öffentliche Ämter an Universitäten ausüben als Gefahr zu bezeichnen und polemisch zu stigmatisieren ist nicht nur schlechter Stil, sondern auch fragwürdig im Sinne journalistischer Qualität. Dieses Schreiben geht daher auch an den Schweizer Presserat, welchen wir hiermit bitten, den Artikel im Hinblick auf Pflichten und Rechte der JournalistInnen zu überprüfen.² Alle AdressatInnen dieses Schreibens möchten wir einladen, ebenfalls aktiv Stellung gegen die Hetzjagd der Weltwoche zu beziehen. Im Artikel bezeichnet diese die Liste der ProfessorInnen - vor denen zu warnen ist – als unvollständig. Wir sollten es nicht – kommentarlos - zulassen, dass die Weltwoche, über Print- und Onlinemedien, unbegründete Warnhinweise gegenüber Kolleginnen und Kollegen ausspricht.

Meinungsverschiedenheiten sind innerhalb der Universität genauso wünschenswert wie in den Medien. Dem gestarteten Angriff der Weltwoche, alle ihrer politischen Überzeugung nicht passende Forschung als Irrlehren – falsche Lehren – zu delegitimieren, sollte solidarisch entgegengetreten werden.

Mit Gruss,

für den Fachverein Soziologie

Matthias Sommer

1 Falls die AutorInnen sich noch eingängiger mit der Wahrheitssuche z.B. in Bezug auf die Erderwärmung befassen, oder ihren Artikel inhaltlich richtig stellen möchten, empfehlen wir einen Gang in die Bibliothek. Zu Fragen von Gefahren des Rechtspopulismus wären sicher auch die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus und die Schweizer Flüchtlingshilfe Ansprechpartnerinnen, die weitere Hinweise geben können.

2 Wir beziehen uns auf die Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten, welche unter <http://presserat.ch/21690.htm> zu finden sind.

Insbesondere die Frage nicht gerechtfertigter Anschuldigungen (Artikel 7), diskriminierender Anspielungen (Artikel 8) und die Frage wahrheitsgemässer Darstellung (Artikel 1) sind zu prüfen.